

Die Menschheit ist mit einer beispiellosen Herausforderung konfrontiert – dem COVID-2019. Die Pandemie, die sich in buchstäblich jedem Land, auf jedem Kontinent ausbreitet, fordert immer weitere Menschenleben. Ein extrem negativer Nebeneffekt der Pandemie ist die sich ausweitende Weltwirtschaftskrise.

Ich bin überzeugt, dass der Virus nur mit gemeinsamen Anstrengungen besiegt werden kann. In diesem Zusammenhang möchte ich mein Bedauern ausdrücken, dass in der VN-Vollversammlung kein Konsens mit Blick auf den Entwurf der Solidaritätserklärung im Kampf gegen die Corona-Virus-Pandemie erzielt wurde. Der Entwurf hatte das Ziel, die Verpflichtung der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber den Prinzipien der VN-Charta über die Zusammenarbeit zwischen Staaten zu bestätigen. Das Dokument betonte die Notwendigkeit, betroffenen Ländern Unterstützung zu erweisen, es forderte, die Abkehr von Handelskriegen und in Umgehung des VN-Sicherheitsrates einseitig verhängten Sanktionen, um den Völkern dringend benötigten Zugang zu Lebensmitteln und Medikamenten zu sichern. Jedoch wurde der Entwurf von den USA, der EU, Großbritannien sowie von der Ukraine und Georgien, die sich aus rein politischen Erwägungen anschlossen, und ungeachtet des Aufrufs vom Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres an die G-20-Staaten, alle Beschränkungen auszusetzen, blockiert.

Westliche Länder, die sich selbst als „Demokratien“ bezeichnen, haben unterschiedliche Arten von Sanktionen gegen annähernd ein Drittel der Weltbevölkerung verhängt und haben nicht vor, diese angesichts des Kampfes gegen die Corona-Pandemie zu lockern. Die Verfolgung einer solch antihumanen Politik erschwert es Ländern wie Iran und Venezuela, eine qualitativ gute Gesundheitsversorgung ihrer Bürger zu gewährleisten, in keiner Weise trägt sie zur effektiven Erholung der Volkswirtschaften bei, darunter denen auf dem europäischen Kontinent.

Als Vorsitzender der Russischen Friedensstiftung und als Vorsitzender des Dumaausschusses für internationale Beziehungen appelliere ich an alle vernünftigen Entscheidungsträger in der EU, den USA, Großbritanniens sowie an führende zwischenparlamentarische und zivilgesellschaftliche Organisationen, die destruktive Sanktionspolitik aufzugeben. Angesichts der globalen epidemischen Gefahr, die die einfache Bevölkerung an den Rand des Überlebens bringt, ist es an der Zeit das Denken im Abschreckungsparadigma aufzugeben.

Die Russische Friedensstiftung wird ihrerseits fortfahren, Staaten, die von der COVID-Pandemie betroffen sind, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Hilfe zu erweisen.

Leonid Slutzki, Vorsitzender der Zivilgesellschaftlichen Stiftung „Russische Friedensstiftung“,
Vorsitzender des Staatsdumaausschusses für internationale Beziehungen Russlands